

Selbstdarstellung Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t.

In diesem Semester haben wir uns wieder dazu entschlossen, mit einer eigenen Liste zur Stupa-Wahl (Studierendenparlament) anzutreten, da wir hochschulpolitische Arbeit als ein wichtiges Politikfeld betrachten. Die studentischen Belange, die die Mehrheit der Studierenden kaum noch zu interessieren scheint, müssen allgemein als dauerhafte und solidarische Belange definiert, politisch gestärkt und durch neue Politikansätze repräsentiert werden.

Um diese Ansprüche als Teil einer allgemeinen emanzipatorischen Politik durchzusetzen, ist es jedoch notwendig, verschiedene linke Diskurse zu verbinden, da die Möglichkeit für linke Politik zunehmend eingeschränkt und die Schwäche der Linken immer offensichtlicher wird. Deshalb verstehen wir unseren Politikansatz grundsätzlich als basisdemokratisch und perspektivenorientiert und arbeiten in der praktischen Umsetzung unabhängig von jeglichen zentralistischen Strukturen - im Gegensatz zu offenen oder verdeckten Parteijugendorganisationen, die in ihrer Kritik nicht in zu starken Widerspruch zu ihren Mutterparteien geraten dürfen.

Im universitären Bereich, im Stupa und v.a. im AStA, wollen wir politische Ansätze und Schwerpunkte etablieren, die bisher nur marginal oder sehr einseitig berücksichtigt wurden:

- Der zentrale Grundsatz unserer hochschulpolitischen Arbeit liegt in der Betonung des gesellschaftlichen Kontexts, in den die wesentlichen Veränderungen und Herrschaftsverhältnisse an der Uni eingebunden sind.
- Somit macht es nur dann einen Sinn, links-emanzipatorische Politik an der Hochschule zu betreiben, wenn Widerstand gegen unsoziale, rassistische und patriarchale Strukturen nicht nur innerhalb der Uni geführt, sondern auch aus dieser heraus getragen wird.
- Deshalb setzen wir uns schon seit mehreren Jahren für das allgemeinpolitische Mandat ein: Dem AStA muß es – als gewähltem hochschulpolitischen Organ – erlaubt sein, zu al-

len Themen öffentlich Stellung zu nehmen.

- Neben diversen Dienstleistungsfunktionen – die der AStA auf jeden Fall bereitstellen muss – sollte die studentische Selbstverwaltung auch einen sozialen Raum für politische Diskurse konstituieren. Hierbei ist es uns vor allem wichtig, eine Infrastruktur für kritische Wissenschaft und der damit einhergehenden politischen Praxis (z.B. Globalisierungskritik, Kritik des studentischen Verbindungswesens etc.) zu Verfügung zu stellen.

Grundsätzlich lässt sich die Uni also nicht vom „Rest der Welt“ trennen. Deshalb haben wir im Laufe der Zeit ein breites Themenspektrum zur Grundlage unserer Politik gemacht, die wir in Form von Veranstaltungen, Flugblättern und Diskussionspapieren nach außen tragen.

Guten Tag, ich will mein Leben zurück!

Für eine andere Uni

Für den Bereich der Universität bedeutet unser Politikansatz, die studentischen Belange zu stärken und das Bewusstsein für aktuelle Entwicklungen zu schärfen: Besondere Aufmerksamkeit verdienen hierbei natürlich die drohenden Studiengebühren, die aber in einem weit grösseren Kontext zu verorten sind. So entstehen dem Einzelnen bereits versteckte

erhöhte Kosten in Form des Uni-Internet-

Accounts, der in vielen Bibliotheken notwendige Voraussetzung für Recherchen geworden ist, der höheren Verwaltungsgebühren und der stetig steigenden Mensapreise. Gekoppelt mit den zukünftigen Master- und Bachelor-Studiengängen, die kaum noch Zeit für Nebenjobs lassen werden, wird Studieren in Zukunft für Viele unbezahlbar. Wenn nicht der Existenz- und Konkurrenzkampf auch an der Uni

StuPa-Wahl: 01. – 03. Juli '03: Liste 4

in schärfster Form walten soll, muss die Kritik an der fortschreitenden neoliberalen Umstrukturierung der Hochschulen wesentlicher Bestandteil studentischer Politik sein. Das allgemeinpolitische Mandat ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung der Kritik. Weiterhin darf auch nicht vergessen werden, dass der Zugang zur Uni für ausländische Studierende bereits stark reglementiert ist: Die Kosten und die hohen Anforderungen der abzulegenden Deutschprüfungen, die auch vielen Muttersprachlern Schwierigkeiten bereiten würden, verknüpfen sich mit den alltäglichen Rassismustformen in modernen, zugangsbeschränkten Gesellschaften.

„Hauptsache Arbeit“?

Auch außerhalb der Uni setzt die herrschende Politik neue Standards: Agenda 2010, Hartz- und Rürup-Kommission attackieren die sozialen Sicherungssysteme. Trotz einer stetig steigenden Erwerbslosigkeit wird weiterhin der Wert des Individuums über Arbeit gemessen. Die „Reformen“ der rot-grünen Bundesregierung zwingen die Erwerbslosen, die als Arbeitsverweigerer bezeichnet werden, durch Kürzungen ihrer Bezüge dazu, niedrig entlohnte Arbeitsverhältnisse einzugehen. „Hauptsache Arbeit“ ist die Losung der Expertenkommissionen, in deren Konzepten ein Lebensentwurf erkennbar wird, in dem die Sicherung des Arbeitsplatzes für das Individuum zum bestimmenden Moment wird. Diese Kolonisierung immer weiterer Bereiche des Lebens durch die Lohnarbeit und die steigenden Existenzängste muss aus zwei Gründen Thema studentischer Politik sein: Einerseits relativiert sich vor dem Hintergrund steigender AkademikerInnen-Erwerbslosigkeit der Sieg der besser Ausgebildeten im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt, und so trifft Sozialabbau auch Studierende. Andererseits sind es die akademisch ausgebildeten Wirtschafts-, Politik- und SozialexpertInnen, die diese Entwicklungen vorantreiben: *Guten Tag, wir wollen unser Leben zurück!*



genstand unserer Politik..

In diesem Zusammenhang ist auch das studentische Verbindungswesen zu kritisieren, dass ein reaktionäres Frauenbild reproduziert und in seinen bündischen Strukturen Männer-Seilschaften knüpft. Anti-feministische und anti-emamzipatorische Politik hat auch in den Korporationen seinen Ursprung, wie es vor einigen Semestern exemplarisch an der Liste der „Heteros“ deutlich wurde, auf der hauptsächlich Korporationsstudenten kandidierten.

Für einen „rechts“freien Raum

Jenseits der Auseinandersetzung mit den Korporationen als Männerbünde setzen wir uns speziell mit den rechtsradikalen Umtrieben Marburger Verbindungen (Germania, Normannia–Leipzig und Rheinfranken) auseinander. Dies erfolgt sowohl inhaltlich als auch in Aktionen wie z.B. dem Protest gegen den alljährlich stattfindenden „Marktführerschoppen“ (1. Juli-Wochenende) oder den Besuch der Präsidentin des revanchistischen Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach auf dem Haus der Rheinfranken. Weiterhin haben wir eine antifaschistische Mobilisierung im August 2002 gegen eine Wahlkundgebung der NPD in Marburg, die erfolgreich gestört werden konnte, mitgetragen. Die Aktivitäten rechtsradikaler Kreise, auch über die Verbindungen hinaus, können in politischer Arbeit nicht ausgeblendet werden.

Guten Tag, ich will mein Leben zurück!

Liste 4

StuPa-Wahl: 01. – 03. Juli '03

Feminismus

Kritik darf sich jedoch nicht auf hochschulpolitische und soziale Belange beschränken, sondern muss patriarchale Rollenzuschreibungen und Herrschaftsstrukturen aufdecken. Feministische Analyse und Wissenschaftskritik müssen stärker im universitären Alltag verankert werden. Der Fakt, dass selbst in Studiengängen mit hohem Studentinnen- und Absolventinnen-Anteil Professorinnen weiterhin die Ausnahme bilden, zeigt, wie stark Männer-Seilschaften an der Uni präsent sind. Diese Strukturen aufzubrechen, ist und bleibt Ge-

★ Gruppe Dissident

Kontakt:
4dissident@gmx.de

Informationen über unsere Gruppe:
www.geocities.com/gruppe_dissident

Mai 2003 **2 <<**